21. Wahlperiode

Drucksache **21/5467**

HESSISCHER LANDTAG

03. 11. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hessens Schienenverkehre in Gefahr – Landesregierung verkennt Folgen ausbleibender Reformen im Trassenpreissystem

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Regionalverbindungen per Zug das Rückgrat des überregionalen ÖPNV sind – in Hessen und darüber hinaus. Eine ausreichende Finanzierung und ein klares Bekenntnis aus der Politik sind notwendig, um den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Hessen auch bei steigenden Kosten flächendeckend zu erhalten und auszubauen. Ein attraktiver SPNV ist Daseinsvorsorge, und sorgt für Mobilität und Teilhabe für alle.

2. Der Landtag stellt fest, dass aufgrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 19. März 2026 und der daraus folgenden Beantragung eines neuen Trassenpreissystems für 2025 und 2026 durch die DB InfraGO AG und der im Juli 2026 durch die BNetzA erfolgten Genehmigung, der Preisdeckel für den SPNV zulasten von Güter- und Fernverkehr wegfällt, und dadurch die Trassenpreise für den SPNV steigen. Die Aufgabenträger des SPNV stehen somit vor einer unerwarteten und immensen Kostensteigerung, die nicht nur den Ausbau verhindert, sondern das bestehende Angebot in Frage stellt. Sollte es bei dieser Konstellation bleiben und die Ausfälle nicht durch höhere Regionalisierungsmittel kompensiert werden, sind Abbestellungen unausweichlich.

3. Der Landtag stellt fest, dass ein Engagement der Landesregierung, insbesondere im Angesicht der Konstellation der Regierungskoalitionen in Land und Bund, nicht bei einer gemeinsamen Initiative der Verkehrsministerkonferenz enden darf. Vielmehr sieht der Landtag keinen nachvollziehbaren Grund, warum durch direkte Zusammenarbeit bislang keine tragfähige Lösung zum Ausgleich des entstehenden Kostendeltas erarbeitet werden konnte.

4. Der Landtag fordert die Landesregierung vor diesem Hintergrund auf, sich auf Bundesebene für eine grundlegende Reform des Trassenpreissystems und eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel einzusetzen, und die finanzielle Absicherung von Hessens ÖPNV im Angesicht der Verschiebungen notfalls mit einer Anpassung der Finanzierungsvereinbarung mit den Verkehrsverbünden zu gewährleisten. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Eisenbahnunternehmen über mehrere Jahre hinweg sicher planen und Angebote erhalten und ausbauen können.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 3. November 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Eingegangen am 3. November 2026 · Ausgegeben am 3. November 2026
Druck und Auslieferung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden